



Studie über die sozialpolitischen Folgen, die sich aus der Anwendung der europäischen Rahmenvereinbarung betreffend die Verhütung von Gesundheitsgefahren in der Friseurbranche ergeben

Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration

Service-Order Nr. VC/2010/1032

Rahmenvertrag Nr. VT/2010/08, Identifikationsnr. 25

Zusammenfassung

1 Einführung: Zweck der Studie und politischer Hintergrund

Dieses Dokument enthält eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie über die „Sozialpolitischen Folgen, die sich aus der Anwendung der europäischen Rahmenvereinbarung betreffend die Verhütung von Gesundheitsgefahren in der Friseurbranche“ ergeben (VC/2010/1032).

Die Studie bezieht sich auf die Umsetzung eines Rahmenabkommens, das von den europäischen Sozialpartnern Coiffure EU und Uni Europa, die im Sektorausschuss Dienstleistungen vertreten sind, zur „Verhütung von Gesundheitsgefahren in der Friseurbranche“ in Entwurfsform ausgearbeitet wurde.

In Teil 3, Absatz 1, über die Umsetzung des Abkommensentwurfs fordern die Sozialpartner die Europäische Kommission dazu auf, *„den Abkommensentwurf dem Rat zur Entscheidung vorzulegen, damit das Abkommen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union verpflichtend wird“*. Das Abkommen wurde in der Annahme ausgearbeitet, dass es für die gesamte EU verpflichtend ist und für sämtliche Friseurbetriebe gilt. Die Vorlage einer endgültigen Fassung und die Ratifizierung des Abkommens stehen noch aus.

Diese Studie soll den Sozialpartnern und der Kommission bei der Beurteilung helfen, ob es erforderlich ist, selbständig Erwerbstätige in den Anwendungsbereich des Abkommens einzubeziehen und welche Art von selbständig Tätigen berücksichtigt werden sollte. Dies ist wichtig aus vertraglicher Sicht, da sich die Bestimmungen zur Verbesserung des Arbeitsumfelds zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer, die die EU (und die Sozialpartner) laut des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Artikel 153) erlassen kann, speziell auf „Arbeitnehmer“ beziehen¹. Im Falle anderer vom Rat gebilligter EU-Gesetze, die sich auf Arbeitnehmer im Seeverkehr und im Bausektor beziehen, gelten die Bestimmungen – in unterschiedlichem Maße – auch für selbständige Erwerbspersonen, die neben abhängig beschäftigten Arbeitnehmern am selben Ort tätig sind, um eine effektive Umsetzung der Gesetzgebung und deren Ziele im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten. Daher ließe sich argumentieren, dass dies auch auf bestimmte in der Friseurbranche tätige Personen zutreffen sollte (z. B. die sogenannten Stuhlmietler, also Selbständige, die in einem Salon neben dem Arbeitgeber und dessen abhängig Beschäftigten arbeiten).

Da Sozialpartner bei ihren Verhandlungen von der formalen Verpflichtung zur Erstellung einer Folgenabschätzung entbunden sind, weil man davon ausgeht, dass sie die Folgen automatisch berücksichtigen, wurde es für wichtig erachtet, insbesondere die sozialpolitischen Konsequenzen zu untersuchen, die sich aus den verschiedenen Umsetzungsoptionen hinsichtlich des Anwendungsbereichs des Sozialpartnerabkommens ergeben. Folgende Optionen stehen zur Debatte:

1. Die Vereinbarung bezieht sich ausschließlich auf Arbeitgeber der Branche und deren (abhängig) Beschäftigte
2. Die Vereinbarung bezieht sich auch auf selbständige Arbeitnehmer der Friseurbranche, die zusammen mit einem Arbeitgeber und/oder dessen (abhängig) beschäftigten Arbeitnehmern am selben Ort tätig sind
3. Die Vereinbarung berücksichtigt auch selbständige Friseure, die einen eigenen Salon von einem festen Standort aus betreiben und keine abhängig Beschäftigten haben

¹ Artikel 153 des AEUV bezieht sich auf „Arbeitnehmer“ außer im Hinblick auf Artikel 153(b) über Arbeitsbedingungen.

4. Ebenfalls einbezogen werden mobile Friseure (obwohl der Teil des Abkommens, das sich auf die feste Infrastruktur und Ausstattung des Salons bezieht, in diesem Fall nicht zur Anwendung kommt)

Die wichtigsten Implikationen, die untersucht werden mussten, waren:

- Die Folgen für die allgemeinen sozialpolitischen Ziele der EU: zum Beispiel, ob bestimmte Optionen dazu führen würden, dass abhängig Beschäftigte in eine weniger geschützte Form der Selbständigkeit oder sogar in die Schattenwirtschaft mit potenziell negativen sozialen Folgen abgedrängt würden.
- Die Möglichkeit einer Wettbewerbsverzerrung in der Friseurbranche.
- Eine steigende Zahl von Unfällen und Gesundheitsproblemen in jenen Bereichen der Friseurbranche, die nicht von dem Abkommen erfasst werden, und die nicht durch Verbesserungen in den Bereichen, für die das Abkommen gilt, wettgemacht würde. In einem solchen Fall könnten negative Nettoeffekte für die Gesundheits- und Sozialversicherungssysteme entstehen.
- Die Wirkung auf das Ausbildungsangebot (z. B. könnten negative Anreize für selbständige Salonbesitzer hinsichtlich der Einstellung von Lehrlingen entstehen, wenn sie dann unter das Abkommen fallen), wodurch sich auch die Schwelle für die Einstellung von Mitarbeitern erhöht.
- Die Wahrnehmung des Friseurberufs durch die Verbraucher, wenn beispielsweise bestimmte Friseure beim Waschen oder Färben der Haare Handschuhe tragen müssen und dies für selbständige Friseure nicht verpflichtend ist. Wie würden sich die verschiedenen Umsetzungsoptionen auf das Verbraucherverhalten im Allgemeinen auswirken?
- Die Frage der Repräsentation durch die EU-Sozialpartner im Fall von selbständig Erwerbstätigen: In einigen Ländern sind Selbständige Mitglied einer Arbeitgeberorganisation, in anderen Mitglied einer Gewerkschaften oder sie können Mitglied anderer Organisationen sein. Daraus ergibt sich die Frage, mit welcher „Legitimität“ die EU-Sozialpartner im Namen der Betroffenen agieren können².

Diese Aspekte wurden anhand einer Untersuchung der Branche in den folgenden acht EU-Ländern untersucht: Dänemark, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, die Niederlande, Slowenien und das Vereinigte Königreich.

² 1996 urteilte der Europäische Gerichtshof (Fall T-135/96), dass das zwischen BusinessEurope (damals UNICE), dem EGB und dem CEEP geschlossene Abkommen zum Elternurlaub trotz der Tatsache bindend sei, dass die UEAPME, die Kleinunternehmer auf EU-Ebene vertritt, nicht an den Verhandlungen teilgenommen hatte.

2 Methodik und Ansatz

Obwohl für Sozialpartnerabkommen und die Gesetze, die laut Artikel 155 (2) des AEUV aus diesen Abkommen resultieren, wie bereits oben erwähnt kein komplettes Folgenabschätzungsverfahren erforderlich ist, hat diese Studie Methoden verwendet, die auf den Schlüsselementen der Leitlinie der Europäischen Kommission für eine Folgenabschätzung³ basieren. Dazu gehören insbesondere Methoden, die die sozialen Folgen für Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Standards und Rechte im Bereich Arbeitsplatzqualität, soziale Eingliederung und Schutz bestimmter Gruppen, Gleichbehandlung, Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, Sozialschutz, Gesundheit, soziale Sicherheit und Bildungssysteme und öffentliche Gesundheit und Sicherheit bewerten.

Es wurden quantitative und qualitative Informationen gesammelt, denn bereits in der Anfangsphase war klar, dass die quantitativen Daten der Branche schnell an ihre Grenzen stoßen. Zur Beschaffung der erforderlichen Informationen wurden nationale und transnationale Daten ausgewertet, die nationale und transnationale Literatur gesichtet und Interviews mit (60) maßgeblichen Interessenvertretern auf Mitgliedstaatenebene geführt. Im Hinblick auf die Datenverfügbarkeit ist zu beachten, dass in manchen Ländern wesentlich mehr statistische Informationen über Wirtschaftsstruktur, Beschäftigung sowie Gesundheits- und Sicherheitssituation der Branche zur Verfügung stehen als in anderen, und es daher nicht möglich ist, für alle Länder Daten derselben Qualität und im selben Umfang zu präsentieren.

Für die meisten Länder stehen beispielsweise nur sehr unzureichende Daten über die Aufschlüsselung der unterschiedlichen Arten von Selbständigkeit zur Verfügung und in fast keinem Land gibt es offizielle Statistiken (nicht einmal inoffizielle Schätzungen) insbesondere zur Zahl der Stuhlmieter oder der mobilen Friseure. Infolgedessen waren auch der Gründlichkeit der Analyse Grenzen gesetzt und dies traf vor allem auf die Folgen der Arbeitsschutzgesetze für die unterschiedlichen Beschäftigungsformen der Branche zu.

Das größte Problem waren der Mangel an vergleichbaren Daten über Unfälle und Berufskrankheiten und das völlige Fehlen disaggregierter Daten für unterschiedliche Segmente der Branche (z. B. Beschäftigte, verschiedene Arten selbständig Erwerbstätiger). In den meisten Ländern konnten die Interessenvertreter hierzu nicht einmal Anhaltspunkte geben.

³ Leitlinien der Kommission zur Folgenabschätzung (Januar 2009), [Guidance for Assessing Social Impacts within the Commission Impact Assessment System](#).

3 Grundlegende Trends bei Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Arbeitsschutz in der Friseurbranche

3.1 Wirtschaftsstruktur der Branche

In den acht untersuchten Ländern gibt es knapp über 328 000 Friseursalons. Die Branche wird von kleinen Salons mit begrenztem Umsatz dominiert. Etwa bis zu zwei Drittel der Friseurbetriebe (61,8 %) in den acht Ländern gehören selbständigen Einzelunternehmern, die keine weiteren Mitarbeiter beschäftigen. Diese Dominanz der Einzelunternehmer ist vor allem in Ungarn und Italien offensichtlich, wo sie die überwiegende Mehrheit innerhalb der Branche ausmachen.

Insgesamt wurde in den letzten zehn Jahren ein beträchtliches Wachstum in der Zahl der Unternehmen verzeichnet (zwischen 5,6 % und 48,6%), was in erster Linie auf die steigende Zahl der Einzelunternehmer ohne abhängig Beschäftigte zurückzuführen ist. Dänemark ist das einzige Land, in dem die Zahl der Unternehmen rückläufig war, während sich in der italienischen Friseurbranche Struktur und Zahl der Betriebe kaum verändert haben. Die Wirtschaftskrise hat das Friseurgewerbe insofern betroffen, als die Kunden mehr Zeit zwischen den einzelnen Terminen verstreichen lassen.

Außer der Zahl der Einzelunternehmer ist auch die der größeren Salons (Kettensalons und Franchise-Unternehmen) gestiegen, während mittelständische Friseursalons Marktanteile verlieren. Trotzdem bleibt der Anteil der Franchise-Unternehmen und der Kettensalons relativ gering.

In der Mehrzahl der Länder gibt es praktisch keine Daten zur Zahl der Stuhlmietter und der mobilen Friseure. Die Stuhlmiete ist offenbar am häufigsten im Vereinigten Königreich zu finden (allerdings sind keine eindeutigen Daten vorhanden), zeigt aber auch in anderen Ländern leicht steigende Tendenz. In Dänemark und Italien ist dieses Konzept nicht erlaubt. Einige italienische Gewerkschaften haben im letzten Jahr vorgeschlagen, die Stuhlmiete als neue Beschäftigungsform des Sektors zu testen, allerdings wurde noch kein Abkommen geschlossen. In Slowenien sind mobile Friseure illegal. In Italien sind mobile Friseure zwar nicht erlaubt, doch ist es möglich, Friseurdienste in Kur- bzw. Rehabilitationszentren oder auch an einem vom Kunden bestimmten Ort zu leisten (sofern der Friseur einen registrierten Geschäftssitz hat).

In den Niederlanden machen mobile Friseure 23 % und in Frankreich 6,4 % der Beschäftigung der Branche aus. Für Deutschland sind keine genauen Daten verfügbar, doch die Zahl der mobilen Friseure nimmt stetig zu. Laut Schätzungen des deutschen Arbeitgeberverbands der Branche machen sie knapp 10 % der selbständigen Erwerbstätigkeit des Sektors aus. Infolge der demografischen und anderen sozio-ökonomischen Trends handelt es sich in den Ländern, in denen diese Beschäftigungsform anerkannt wird, um ein wachsendes Phänomen. Allerdings sind nicht alle mobilen Friseure selbständig und besonders in Frankreich ist ein Teil von ihnen abhängig beschäftigt.

Den nur begrenzt verfügbaren Informationen zufolge scheinen Salons, die Einzelunternehmern gehören, niedriger Preise zu verlangen.

3.2 Arbeitsmarkttrends der Branche

In der Regel verzeichnet die Friseurbranche zwischen 0,4 % und 0,8 % der Gesamtbeschäftigung der untersuchten Länder.

Die Selbständigkeit ist dabei weitaus verbreiteter als in der Gesamtwirtschaft. In Ungarn machen Selbständige einen besonders hohen Prozentsatz der Arbeitnehmer der Branche aus. In den meisten Ländern ist der Anteil der Selbständigen an der Gesamtzahl der Arbeitnehmer gestiegen.

Die Arbeitnehmer der Friseurbranche sind meist jung, hauptsächlich weiblich und arbeiten sehr häufig in Teilzeit. 90 % der Arbeitnehmer des Sektors sind Frauen, wobei Italien das einzige untersuchte Land ist, das ein ausgewogeneres Bild bietet: Dort sind 40 % der Arbeitnehmer der Branche Männer. Der Anteil der Teilzeitarbeitnehmer variiert zwischen 70 % in den Niederlanden und rund 10 % in Ungarn und Slowenien.

Die Arbeitskräftefluktuation ist hoch. Ein wichtiger Grund hierfür sind die niedrigen Löhne, aber auch Gesundheits- und Sicherheitsaspekte der Branche.

Nicht angemeldete Arbeit wird von vielen als eines der wichtigsten Probleme der Branche gesehen, das sowohl Verbraucher, als auch formal operierende Betriebe und einzelne Arbeitnehmer betrifft.

3.3 Einzelstaatliche Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften und Arbeitsschutz in der Friseurbranche

3.3.1 Anwendungsbereich und Inhalt der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften

Um die potenziellen Folgen der verschiedenen Umsetzungsoptionen bezüglich des Geltungsbereichs der Rahmenvereinbarung über die Verhütung von Gesundheitsgefahren in der Friseurbranche abschätzen zu können, muss man wissen, inwieweit sich die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung von denen der einzelstaatlichen Arbeitsschutzgesetze unterscheiden, genauer gesagt, auf wen und was sich die Vorschriften beziehen.

Alle untersuchten Länder haben die EU-Rahmengesetzgebung im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz und die Kosmetikrichtlinie umgesetzt. In Dänemark und Ungarn gibt es keine zusätzlichen branchenspezifischen Vorschriften. In Deutschland gibt es detaillierte branchenspezifische Regelungen, die stark denen der europäischen Rahmenvereinbarung ähneln. Auch in Slowenien gibt es branchenspezifische Vorschriften. In Frankreich gibt es zusätzliche Bestimmungen und Tarifabkommen, in Italien detaillierte Branchenvorschriften auf Gemeindeebene und in den Niederlanden Tarifabkommen über Sicherheit und Gesundheitsschutz, die sich speziell auf die Friseurbranche beziehen.

In allen Ländern mit Ausnahme von Ungarn und den Niederlanden gelten die Vorschriften im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmer der Branche. In Frankreich gibt es unterschiedliche Regelungen für abhängig Beschäftigte und für bestimmte Kategorien von Selbständigen (siehe auch 0 unten).

Ebenfalls interessant für die Beurteilung war die Feststellung, dass die Interessenvertreter in allen untersuchten Ländern die Meinung vertreten, dass die geltenden Vorschriften die europäische Rahmenvereinbarung bereits in hohem Maße reflektieren, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen (beispielsweise in Bezug auf den Wechsel zwischen Feucht- und Trockenarbeit und die Nutzung bestimmter Substanzen in Frankreich). Wie jedoch oben erwähnt, sind die Vorschriften in einigen Ländern wie beispielsweise im Vereinigten Königreich, Ungarn und Slowenien ziemlich allgemein gehalten (Notwendigkeit einer Risikoeinschätzung), während sie in anderen Ländern sehr ausführlich sind und es dadurch schwieriger ist zu beurteilen, inwieweit die bestehenden Regelungen denen des Abkommensentwurfs entsprechen.

3.3.2 Vorschriften bezüglich der beruflichen Krankenversicherung

Je nach Umsetzungsoption bezüglich des Geltungsbereichs der europäischen Rahmenvereinbarung könnte auch eine Verzerrung der Kosten für die berufliche Krankenversicherung entstehen. Würde die Rahmenvereinbarung beispielsweise in einem System, in dem abhängig Beschäftigte und Selbständige durch dieselbe Krankenversicherung gedeckt sind, nur auf abhängig Beschäftigte angewendet und dies zu einer Reduzierung der Zahl der Berufsunfälle und -krankheiten führen, die allerdings durch einen Anstieg derartiger Vorkommnisse unter Selbständigen zunichtegemacht wird, würde dies unter Umständen die Kosten für eine solche Versicherung für den gesamten Sektor verzerren, obwohl sich Unfall- bzw. Krankheitsstatistiken in Teilen des Sektors verbessern. Daher war es wichtig herauszufinden, in welchem Umfang abhängig Beschäftigte und unterschiedliche Kategorien von Selbständigen der Branche durch die gesetzliche Krankenversicherung abgedeckt sind.

Den Studienergebnissen zufolge wird die berufliche Krankenversicherung je nach Land unterschiedlich geregelt. In Deutschland und Slowenien sind Selbständige und abhängig Beschäftigte durch dieselbe Versicherung, in Frankreich dagegen durch unterschiedliche gesetzliche Versicherungssysteme gedeckt. In allen anderen Ländern ist es selbständig Erwerbstätigen freigestellt, ob sie eine berufliche Krankenversicherung abschließen oder nicht, und die Gespräche mit den Interessenvertretern lassen darauf schließen, dass selbständige Friseure nicht sehr häufig von dieser Möglichkeit Gebrauch machen.

Abb. 3.1 Deckung von abhängig Beschäftigten und Selbständigen durch nationale Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften und gesetzliche Krankenversicherung

Land/Art des Friseurbetriebs	Arbeitgeber und abhängig Beschäftigte	Selbständig ohne abhängig Beschäftigte	Selbständig im selben Salon wie abhängig Beschäftigte	Mobil
DE	✓ ✓	✓ ✓	✓ ✓	✓ ✓
DK	✓ ✓	✓	✓	✓
FR	✓ ✓	✓ (✓)	✓ (✓)	✓ (✓)
HU	✓			
IT	✓ ✓	✓	✓	✓
NL	✓ ✓			
SI	✓ ✓	✓ ✓	✓ ✓	✓ ✓
UK	✓	✓	✓	✓

Quelle: GHK (2011), für diese Studie gesammelte Informationen

Wichtige Erkenntnisse aus Deutschland zeigen, dass sich das auf die Friseurbranche angewandte Risiko-Rating zur Berechnung der Krankenversicherungsprämien für Friseurbetriebe (und selbständige Friseure) seit Einführung branchenspezifischer Arbeitsschutzvorschriften deutlich verringert hat (da dies zur Reduzierung krankheitsbedingter Fehlzeiten geführt hat).

3.3.3 Häufigkeit berufsbedingter Unfälle und Krankheitsfälle innerhalb der Branche

Es wurden keine vergleichbaren Daten über die Häufigkeit berufsbedingter Unfälle und Krankheitsfälle und keine disaggregierten Daten zu unterschiedlichen Marktsegmenten gefunden. Den verfügbaren Daten zufolge sind Hautkrankheiten, Atemwegserkrankungen und Muskel- und Skeletterkrankungen die häufigsten Ursachen krankheitsbedingter Fehlzeiten. Die beiden erstgenannten Beschwerden sind in der Friseurbranche deutlich häufiger vertreten als in der Gesamtwirtschaft. In Ländern, für die solche Daten zur Verfügung stehen, treten diese Krankheiten zwischen 5 und 30 mal häufiger auf.

Den begrenzten Hinweisen aus einigen Ländern zufolge scheinen solche Beschwerden häufiger unter Selbständigen aufzutreten. Im Gegensatz dazu steht Deutschland, wo die Daten ein ähnlich hohes Risiko zeigen (allerdings auch eine deutlichere Verbesserung der Sicherheit und Gesundheit unter abhängig Beschäftigten in den letzten zehn Jahren).

3.3.4 Kosten für die Umsetzung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften

Es gibt keine umfassende Folgenabschätzung in Bezug auf die Kosten, die sich aus der Umsetzung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften in der Friseurbranche ergeben. Daten aus Deutschland zu den regelmäßig für den Hautschutz anfallenden Kosten zeigen, dass sich diese auf nur 1,2 % des Gesamtumsatzes eines durchschnittlichen Friseurbetriebs belaufen. Die Kosten für größere Anschaffungen (ergonomische Geräte, Belüftung, Beleuchtung, Änderung der Arbeitsmethoden) wurden nicht kalkuliert.

3.4 Interessenvertretung in der Friseurbranche

In fünf der untersuchten Länder (Dänemark, Deutschland, Ungarn, Slowenien und im Vereinigten Königreich) werden Arbeitgeber nur durch eine einzige, im Allgemeinen streng branchenbezogene Arbeitgeberorganisation und in drei Ländern (Frankreich, Italien und die Niederlande) durch zwei oder drei Organisationen vertreten. Die Arbeitnehmer werden in einigen Ländern (Dänemark, Frankreich, Italien und die Niederlande) oft durch mehrere und in anderen Ländern (Deutschland, Ungarn, Slowenien und das Vereinigte Königreich) durch nur eine Gewerkschaft vertreten.

Abgesehen von den Gewerkschaften in den Niederlanden und Slowenien nehmen Arbeitnehmerverbände im Allgemeinen keine selbständig Erwerbstätigen auf, die stattdessen – auch wenn sie keine Mitarbeiter beschäftigen – meist durch Branchenarbeitgeberverbände vertreten werden (mit Ausnahme von Frankreich). Zur Zahl der selbständigen Mitglieder dieser Organisationen liegen keine Angaben vor.

Mobile Friseure werden von den Sozialpartnerorganisationen meist nicht explizit berücksichtigt. Eine Ausnahme bilden die französischen Gewerkschaften sowie zwei französische, eine italienische und eine niederländische Arbeitgeberorganisation.

Die Mehrheit der Arbeitgeber- und Gewerkschaftsorganisationen ist an Tarifverhandlungen beteiligt. In einigen Fällen geht dies über die Aushandlung der Arbeits- und Vertragsbedingungen hinaus und es werden auch andere Aspekte eines zwei- oder dreiseitigen „sozialen Dialogs“ berücksichtigt.

4 Folgen der unterschiedlichen Optionen für den Anwendungsbereich der Rahmenvereinbarung

4.1 Einführung: Prozentsatz der durch unterschiedliche Umsetzungsoptionen abgedeckten Friseurbranche

Zunächst wurde im Rahmen der Studie versucht, den Umfang der „Bevölkerung“ der Branche zu schätzen, der von den unterschiedlichen Umsetzungsoptionen hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Vereinbarung betroffen wäre. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Option 1 würde bedeuten, dass in den acht untersuchten Ländern nur gut drei Viertel des Sektors (etwa 76 bis 79 %) in den Anwendungsbereich der Rahmenvereinbarungen fallen würden. Aufgeschlüsselt nach Land wären es von nur 14 bis hin zu 92 %. Die Vereinbarung hätte also je nach Land sowohl im Hinblick auf Kosten als auch Vorteile eine sehr unterschiedliche Wirkung.

Die Wirkung von Option 2 ist am wenigsten eindeutig, da es keine zuverlässigen Daten zur Zahl der Stuhlmieter in der Friseurbranche der verschiedenen Länder gibt. Die Wirkung ist wahrscheinlich relativ gering ist, da diese Beschäftigungsform – wenn auch in fast allen Ländern mit steigender Tendenz – noch recht selten anzutreffen ist.

Der zusätzliche Anteil an Arbeitnehmern der Friseurbranche, der im Fall von Option 3 berücksichtigt würde, variiert stark von Land zu Land und reicht von rund 8 % in Deutschland bis hin zu 86 % in Ungarn.

Bei Option 4 wäre die Zahl der zusätzlich berücksichtigten aktiven Friseure voraussichtlich wiederum relativ gering, obwohl der Anteil der mobilen Friseure an der Gesamtbeschäftigung der Branche eindeutig steigt (und in den Niederlanden sogar rund 23 % erreicht).

4.2 Wirtschaftliche Folgen der verschiedenen Umsetzungsoptionen

Basisdaten deuten darauf hin, dass die unterschiedliche Anwendung von Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften auf verschiedene Segmente der Friseurbranche offenbar nicht der wichtigste Faktor ist, der die Struktur des Sektors in den einzelnen Ländern bestimmt. Das allgemeine Wirtschaftsklima, die Maßnahmen und Bestimmungen zur Unterstützung der Selbständigkeit und des Unternehmertums sowie die Steuer- und Mehrwertsteuerregelungen scheinen hier eine größere Rolle zu spielen.

Zur Wirkung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften auf die Kostenstruktur der Branche sind nur sehr wenige Daten vorhanden. Die Kosten für regelmäßige, im Rahmen der Vorschriften geforderte Anschaffungen haben also wahrscheinlich keinen Einfluss auf die Marktstruktur des Sektors. Zu beachten ist jedoch, dass nur die Kosten für solche Dinge wie Handschuhe und Hautschutzcreme und keine kostspieligeren Anschaffungen wie ergonomische Einrichtungsgegenstände, Beleuchtungs- und Belüftungssysteme oder die Kosten für eine Änderung der Arbeitsmethoden berücksichtigt wurden. Zur Schätzung dieser Kosten und deren Folgen für unterschiedliche Arten von Friseurbetrieben wären weitere Studien erforderlich.

4.3 Arbeitsmarktfolgen der unterschiedlichen Umsetzungsoptionen

Was die in Abschnitt 1 gestellte Frage nach den wichtigsten Folgen betrifft, so kann keine lineare Beziehung zwischen der Beschäftigungsstruktur der Branche und

Anwendungsbereich und Umfang der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften festgestellt werden. Die Zunahme der selbständigen Erwerbstätigkeit ist größtenteils durch wirtschaftliche und gesellschaftliche Faktoren sowie durch politische Anreizmaßnahmen bedingt.

Es gibt auch nur wenige Anzeichen für eine durch verbesserte Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften bedingte „Verdrängung“ in weniger geschützte Bereiche der Branche. Allerdings gibt es keine ausreichenden Daten zu den Kosten für bestimmte Einrichtungsgegenstände, die gegebenenfalls nach Umsetzung der Rahmenvereinbarung angeschafft werden müssten (teure Anschaffungen wie Belüftungsgeräte oder auch neue Arbeitsmethoden, die gegebenenfalls erforderlich sind).

Da es nur wenige Anzeichen für einen Verdrängungseffekt gibt, ist es nicht möglich zu sagen, dass die differenzierte Anwendung der Vereinbarung voraussichtlich eine spürbare Wirkung auf Löhne, Arbeitsbedingungen und Geltungsbereich der Tarifabkommen zur Folge hat.

4.4 Folgen für den Arbeitsschutz der Friseure und die damit verbundenen Versicherungssysteme

Bei Abwägen der Folgen, die die unterschiedlichen Umsetzungsoptionen bezüglich des Anwendungsbereichs der Vereinbarung unter Umständen haben, darf man nicht vergessen, dass Berufskrankheiten, insbesondere Haut- und Atemwegserkrankungen und in gewissem Maße auch Muskel- und Skeletterkrankungen, in dieser Branche häufiger als in der Gesamtwirtschaft auftreten und zu Fehlzeiten sowie zu einem relativ frühen Ausstieg aus dem Beruf führen können. In Ländern, in denen entsprechende Daten zur Verfügung stehen, treten Hauterkrankungen zwischen 10 bis 30 mal und Muskel- und Skeletterkrankungen 5 mal häufiger als in der Gesamtwirtschaft auf. Gleichzeitig liegt die Verweildauer in der Friseurbranche in den Ländern, für die solche Daten verfügbar sind, unter dem für alle Branchen errechneten Durchschnitt. In Dänemark, wo berufsbedingte Krankheiten ein wichtiger Grund für den Ausstieg aus der Friseurbranche sind, beträgt die Verweildauer beispielsweise 8,4 Jahre (von denen vier Jahre Ausbildungszeit sind).

Angesichts des unverhältnismäßig häufigen Auftretens einiger berufsbedingter Krankheiten müssen auch die potenziellen Kosten für die damit verbundenen Fehlzeiten berücksichtigt werden. Den Autoren einer niederländischen Studie zufolge belaufen sich die Kosten für krankheitsbedingte Fehlzeiten in der Branche auf jährlich rund 13 500 EUR pro Arbeitnehmer (in den Niederlanden sind pro Jahr rund 195 Arbeitnehmer langfristig krankgeschrieben).

Unter Umständen ist das Risiko gesundheitlicher Schäden in Marktsegmenten, in denen die Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften keine Geltung haben, noch deutlich höher. Es gibt Anzeichen dafür, dass Berufskrankheiten unter selbständigen Friseuren häufiger sind, während das Bewusstsein für gesundheitliche Risiken in diesem Segment geringer ist. Laut den Ergebnissen einer niederländischen Studie ist das Bewusstsein unter Selbständigen ohne Mitarbeiter für das Ekzemrisiko um 10 % geringer als unter Arbeitgebern und ihren abhängig Beschäftigten (und um 20 % geringer unter Friseuren, die nicht von einem festen Standort aus arbeiten). Gleichzeitig wurden im Rahmen einer deutschen Studie kaum Unterschiede zwischen beschäftigten und selbständigen Arbeitnehmern im Hinblick auf das Gesundheitsrisiko festgestellt (allerdings hat sich der Trend unter Beschäftigten in den letzten zehn Jahren stärker verbessert).

5 Schlussfolgerungen

Bevor man die Folgen der unterschiedlichen Umsetzungsoptionen hinsichtlich des Anwendungsbereichs der Vereinbarung beurteilen kann, ist es wichtig, einige Probleme in Bezug auf die Verfügbarkeit der für eine solche Beurteilung erforderlichen Daten zur Sprache zu bringen:

- Besonders auffallend ist der Mangel an vergleichbaren Sicherheits- und Gesundheitsschutzdaten (Häufigkeit von Berufsunfällen und berufsbedingter Krankheit), da sie nur in einer begrenzten Zahl von Ländern existieren. Ländervergleiche sind daher schwierig und ein Vergleich der Gesamtwirtschaft wurde nur versucht, sofern nationale Daten zur Verfügung standen. Noch bedeutsamer ist das Fehlen von Daten, die die jeweilige Sicherheits- und Gesundheitsschutzsituation der verschiedenen Segmente der Branche zeigen (abhängig Beschäftigte, selbständig Erwerbstätige, mobile Friseure usw.). Dieser Umstand macht es unmöglich, grundlegende Feststellungen bezüglich der Wirkung der verschiedenen Anwendungsbereiche der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften zu treffen und die wahrscheinlichen Folgen der verschiedenen Umsetzungsoptionen im Bereich Sicherheit und Gesundheit mit einer gewissen Genauigkeit einzuschätzen. Vorhanden sind lediglich vereinzelte Hinweise, ferner einige Daten über berufsbedingte Gesundheitsrisiken für Beschäftigte und selbständig Erwerbstätige in Deutschland (denen zufolge die Risiken in diesen beiden Segmenten ähnlich hoch sind, in den letzten zehn Jahren jedoch eine deutlichere Verbesserung unter abhängig Beschäftigten erzielt wurde) sowie eine Studie über das Bewusstsein für Sicherheits- und Gesundheitsrisiken in den unterschiedlichen Segmenten der Branche, deren Ergebnisse darauf hinzuweisen scheinen, dass unter selbständig tätigen Friseuren ohne Mitarbeiter und unter mobilen Friseuren ein höheres Risiko besteht.
- Auch im Hinblick auf die meisten anderen Aspekte der Wirtschafts- und Beschäftigungsstruktur der Branche sind kaum vergleichbare, disaggregierte Daten vorhanden. Die Berechnungen mussten daher anhand unterschiedlicher nationaler und transnationaler Datenreihen erstellt werden und selbst diese Information hat daher nur hinweisenden Charakter.

Um festzustellen, in wie vielen EU-Ländern die Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften derzeit auch für selbständig Erwerbstätige gelten, wie viele Selbständige Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind und in wie vielen Ländern die Branche stark von selbständigen Einzelunternehmern ohne abhängig Beschäftigte dominiert wird, müssten eingehendere Untersuchungen angestellt werden. Ebenfalls von Nutzen wären mehr disaggregierte Daten über die Gesundheit der abhängig Beschäftigten und der Selbständigen der Branche sowie eine bessere Schätzung der Kosten für einmalige Anschaffungen, die nach Umsetzung der Rahmenvereinbarung erforderlich wären.

In Ermangelung weiterer Forschungsergebnisse lassen sich hinsichtlich der Notwendigkeit, unterschiedliche Arten von selbständig Erwerbstätigen in den Geltungsbereich der Vereinbarung einzubeziehen, folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Da die Branche in hohem Maße von selbständiger Erwerbstätigkeit dominiert wird (vor allem von selbständigen Einzelunternehmern ohne abhängig Beschäftigte), scheint es widersinnig, einen so wesentlichen Teil des Marktes von wichtigen Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften auszuklammern.
- Zudem werden selbständige Friseure in der Mehrheit der untersuchten Länder von den geltenden Vorschriften bereits erfasst. Eine EU-Gesetzgebung, die die selbständig Erwerbstätigen der Branche abdeckt, würde daher die in den meisten Mitgliedstaaten

ohnehin bestehende Situation lediglich bestätigen. Benötigt werden jedoch Informationen über die Situation in den übrigen Mitgliedstaaten, da eine Nichtanwendung einzelstaatlicher Vorschriften auf Selbständige in anderen Mitgliedstaaten überzeugende Argumente dafür liefern könnte, Selbständige in die EU-Vorschriften einzubeziehen und dadurch zu vermeiden, dass beträchtliche Teile der Branche in der EU ausgeschlossen und wahrscheinlich Sicherheits- und Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

- Die Wirkung der verschiedenen Umsetzungsoptionen in verschiedenen Ländern variiert je nach geltendem Rechtsrahmen (insbesondere hinsichtlich der Anwendung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften und der beruflichen Krankenversicherung auf selbständig Erwerbstätige) und nach Struktur der Branche (z. B. eine überwiegende Mehrheit von Einzelunternehmern usw.).
- Angaben zu Sicherheits- und Gesundheitsrisiken unter abhängig Beschäftigten gegenüber selbständigen Friseuren sind begrenzt und in gewissem Maße widersprüchlich. Daten aus Deutschland zeigen eine weitgehend vergleichbare Situation, obwohl in den letzten zehn Jahren eine deutlichere Verbesserung unter abhängig Beschäftigten erzielt wurde). Einer Studie aus den Niederlanden ist dagegen zu entnehmen, dass sich Einzelunternehmer und mobile Friseure der Sicherheits- und Gesundheitsrisiken offenbar weniger stark bewusst sind, was eine höhere Zahl von Berufsunfällen und berufsbedingten Krankheiten nach sich ziehen kann.
- In Systemen, in denen alle Segmente der Branche von derselben beruflichen Krankenversicherung abgedeckt werden, könnte die Nichteinbeziehung einiger Segmente in die Richtlinie, mit der die Rahmenvereinbarung umgesetzt wird, zu versicherungsmathematischen Verzerrungen und möglicherweise zu höheren Prämien für den gesamten Sektor führen. In Systemen wiederum, in denen Selbständige durch eine eigene gesetzliche Versicherung abgedeckt sind, könnte eine höhere Zahl von Unfällen bzw. Krankheitsfällen (die in anderen Segmenten der Branche abnehmen würden) zu höheren Prämien und somit zu einem negativen Anreiz führen. In Systemen, in denen die Versicherung freiwillig ist (und nur wenig genutzt wird), würden diese Kosten vom Staat bzw. Steuerzahler getragen.
- Die durchschnittlichen Kosten für eine berufsbedingte Krankheit betragen in der Friseurbranche schätzungsweise 13 500 EUR pro Jahr und sind somit beträchtlich. Zudem treten die verschiedenen Berufskrankheiten in dieser Branche wesentlich häufiger auf als in der Gesamtwirtschaft.
- Hinweise auf eventuelle Verzerrungen oder Verdrängungseffekte, die sich aus der Wirkung unterschiedlicher Umsetzungsoptionen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur der Branche ergeben, gibt es nur wenig. Entsprechende Empfehlungen bezüglich der Anwendung der unterschiedlichen Umsetzungsoptionen sind daher kaum möglich. Die verfügbaren Informationen deuten darauf hin, dass die Wirtschafts- und Arbeitsmarkttrends der Branche mit größerer Wahrscheinlichkeit von anderen Faktoren (und nicht den Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften) abhängig sind. Zu solchen Faktoren gehören das allgemeine Wirtschaftsklima, Maßnahmen zur Förderung der Selbständigkeit und des Unternehmertums sowie Steuer- und Mehrwertsteuerregelungen. Diese Beurteilung könnte zudem durch den Mangel an Informationen über die nach Umsetzung der Vereinbarung anfallenden einmaligen Anschaffungskosten verfälscht werden. Auf diesem Gebiet sind daher weitere Nachforschungen erforderlich.